

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM ERSTEN HALBJAHR 1966

Ein Vergleich der Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 1966 mit der des 1. Halbjahres 1965 sowie die Gegenüberstellung des jetzt erreichten Niveaus mit den Zielen des Wirtschaftsplanes 1966 ergibt ein uneinheitliches Bild und zeigt neben vielen Erfolgen eine ganze Reihe negativer Momente. Das Nationaleinkommen nahm mit knapp 2 Mrd. DM/O zwar stärker zu als im 1. Halbjahr 1965, aber für 1966 war eine Steigerung um 4,2 Mrd. vorgesehen, so daß im 2. Halbjahr der Zuwachs um mehr als 10 vH größer sein muß, damit das Jahressoll erfüllt wird. Entfielen 1965 noch 21,2 vH des Nationaleinkommens auf Neuinvestitionen und die Vermehrung von Umlaufmitteln und Reserven (den sog. Akkumulationsfonds), so war im Plan 1966 dieser Anteil nur noch mit 18,8 vH genannt. Über die Realisierung dieses für das Wirtschaftswachstum bedeutsamen Ansatzes sagt der amtliche Halbjahresbericht nichts.

Struktur des gesellschaftlichen Gesamtprodukts 1965¹⁾

1. Privater Konsum	60,7 Mrd. DM/O = 31 vH
2. Gesellschaftl. bzw. öffntl. Konsum plus Vermögensbildg.	134,0 Mrd. DM/O = 69 vH
davon:	
a) Materialverbrauch	100,7 Mrd.
b) Neu-Investitionen u. Reservebildung	17,9 Mrd.
c) Ersatz-Investitionen	9,8 Mrd.
d) gesellschaftlicher Verbrauch	5,6 Mrd.

Die industrielle Warenproduktion und die Arbeitsproduktivität erhöhten sich stärker als im gleichen Vorjahreszeitraum und als im Jahresplan vorgesehen. Die chemische Industrie lag mit 9 vH Zuwachs an der Spitze, während die Grundstoffindustrie mit 2 vH und der Schwermaschinen- und Anlagenbau mit 1 vH das Schlußlicht bildeten²⁾.

Die Entwicklung soll, zum Teil auch innerhalb der einzelnen Industriezweige, sehr unterschiedlich verlaufen sein. Die Nichterfüllung von Kooperationsverpflichtungen wirkte wie eine Kettenreaktion negativ auf große Bereiche der Produktion. In der gesamten metall-

verarbeitenden Industrie, so wird amtlich kritisiert, kann das Niveau der Fertigungsorganisation noch nicht befriedigen. Fehler bei der Ausnutzung der vorhandenen Maschinen und bei dem Einsatz neuer Fertigungsanlagen sowie Pannen in der Materialwirtschaft konnten trotz ausgeklügelter Planungstechniken, befehlswirtschaftlicher Bindungen, scharfer Kontrollen und materieller Anreize nicht verhindert werden.

Ungenügende Nutzung der Produktionsanlagen

Planungschef *Neumann* hatte schon im Dezember 1965 ausgeführt, daß bei 303 Anlagen mit automatischer bzw. automatisierter Produktionsausrüstung mit einem Wert von 500 Mill. DM die zeitliche Ausnutzung nur 64 vH betrage bei weiterhin rückläufiger Tendenz³⁾. Dies gelte in erster Linie für Betriebe der chemischen Industrie, des Schwer- und Transportmaschinenbaus sowie der Elektrotechnik. Auch die Energieerzeugung leidet unter solchen Bremsen. Die verfügbare Kraftwerksleistung im Bereich der VVB Kraftwerke war 1965 nur zu 83,2 vH genutzt. Bei den in den letzten Jahren installierten 100 MW-Anlagen, von denen ohnehin nur 20 in Betrieb sind, betrug die Ausnutzung 75,6 vH, im Kraftwerk Lübbenau nur 71,7 vH⁴⁾. Wenn solche Ausnutzungsziffern offiziell kritisiert werden, obwohl die Pro-Kopf-Erzeugung an Elektroenergie in der SBZ höher ist als in der Bundesrepublik, dann deutet dies auf die noch immer nicht überwundene Energielücke hin, die unter anderem eine Folge hoher Übertragungsverluste und unrationellen Stromverbrauchs ist.

Bis 1970 soll der Ausnutzungsgrad daher auf 90,9 vH steigen. Dies soll erreicht werden durch die Senkung der Störquote von jetzt 8,4 vH auf 2,4 vH; durch die Senkung der geplanten Stillstände von Kraftwerksleistungen von 14,5 vH auf 10,4 vH; durch die Erhöhung der Mehrleistung durch Überlastfahrweise von 1,5 vH auf 2,3 vH und schließlich durch die Erzielung einer durchschnittlichen Jahresstundenbenutzungszahl der Hauptaggregate von 5000⁵⁾.

Zehntausende von Mitarbeitern und Helfern der „Arbeiter-und-Bauern-Inspektion“ haben im Mai dieses Jahres in allen wichtigen Betrieben der Industrie, des Bauwesens und der Verkehrswirtschaft die Ausnutzung der „Grundfonds“, der Maschinen und Aggregate, überprüft. Wenn dabei auch nicht immer mit dem notwendigen Sachverstand operiert wurde, war dieses Verfahren doch geeignet, einem großen Teil der Arbeitnehmer die Probleme der Fertigungstechnik nahezubringen. Die Ergebnisse der Kontrolle brachten kaum Überraschungen.

1) Neues Deutschland vom 8. 2. 1966.
2) Neues Deutschland vom 19. 7. 1966.

3) Neues Deutschland vom 17. 12. 1965.
4) Die Wirtschaft vom 14. 7. 1966.
5) Die Wirtschaft vom 14. 7. 1966.

„Manche Leiter von Betrieben und VVB verwandten bisher größere Energie auf die Beschaffung neuer Maschinen als auf deren Inbetriebnahme und rationelle Nutzung.“ Die Auslastungsquoten schwankten zwischen 10 und 93 vH in den einzelnen Betriebsabteilungen. In größerem Umfange stieß man auf Ersatzteile für Maschinen, die ihrerseits schon längst verschrottet waren⁶⁾. Bei den 29 Revolverdrehmaschinen des Transformatorenwerks „Karl Liebknecht“ in Berlin sank von 1964 bis Ende 1965 die Auslastung von 72 vH auf 48 vH. Acht der Maschinen sollten abgegeben werden, was den Betrieb nicht hinderte, zur gleichen Zeit vier neue zu bestellen. Hier handele man nach der Devise: „Halte dir soviel Maschinen in Reserve wie nur möglich. Da nicht exakt bilanziert ist (Beziehung von Maschinen zur Produktionsaufgabe), weißt du nie, ob du sie nicht morgen schon dringend brauchst).“

Stärkerer Zwang zur Rationalisierung

Bei dem Einsatz neuer Fertigungsanlagen spricht die SED seit kurzem von der Notwendigkeit einer „komplexen, sozialistischen Rationalisierung“. Die Bewältigung des technischen Qualitätsproblems soll unterstützt werden durch ideologische Überzeugungsarbeit. Schon für die einfache Reproduktion der Industrie (Ersatzinvestition) müßten jährlich 2,3 vH der Grundfonds ersetzt werden. „Tatsächlich wurden nur 0,7 vH ausgesondert. Darin zeigt sich, daß der Anteil der Mittel für den Ersatz und die Modernisierung der vorhandenen Grundfonds im Verhältnis zu den gesamten Investitionsmitteln gering war. Die Entwicklung moderner Industriestaaten beweist, daß das Gegenteil nötig ist. In den USA z. B. betrug in der Zeit von 1958 bis 1963 das Verhältnis von Ersatz und Modernisierung zu neuen Investitionen 9:1⁸⁾.“

Das Ziel der komplexen, sozialistischen Reproduktion sind ein wesentlich erhöhter ökonomischer Nutzeffekt und die Überwindung der bei den Produktionsmitteln — vor allem der Arbeitskraft — bestehenden Engpässe. Diese Parallele zu der in der westlichen Industrie gegebenen Problemstellung ergibt sich zwangsläufig aus dem technischen Entwicklungsprozeß. Wer anfängt, exakt zu rechnen, merkt sehr bald, daß Zeit Geld kostet. Der Rationalisierungsexperte Dr. Mittag mußte sogar kritisieren, daß teilweise noch immer Rationalisierung und Investitionsplanung losgelöst voneinander existieren — und das nach 17 Jahren Planwirtschaft. „Es muß Schluß gemacht werden mit der zur Zeit einseitig extensiv orientierten Investitionspolitik“, mahnte Ulbricht im Juni dieses Jahres. Fehler bei In-

vestitionen in der Grundstoffindustrie, vor allem in der Chemie, würden sogar innerhalb der üblichen Toleranz zu Differenzen bis zu 50 Mill. DM führen, die dann woanders nicht eingesetzt werden könnten⁹⁾.

Der Druck von der Arbeitskraftlücke auf die Rationalisierung ist zwar nicht mehr so stark wie bis zum August 1961, aber er hat wieder steigende Tendenz. Obwohl nach den amtlichen Angaben 1965 die Bevölkerung um 36 000 Personen zunahm, sank die Zahl der Eheschließungen, der Geburten und des Geburtenüberschusses. In den Altersgruppen, die den Arbeitsmarkt entscheidend beeinflussen, fehlen bei der Gruppe unter 15 Jahren 290 000 Kinder und bei der Gruppe zwischen 15 Jahren und dem Rentenalter rd. 670 000 Personen. Die Zahl der im Rentenalter Stehenden ist dagegen um fast eine Million zu hoch. Die Zahl der Geburten wird weiter absolut sinken, weil die Zahl der Frauen der Jahrgänge, die in erster Linie als Mütter in Frage kommen, in den nächsten Jahren ebenfalls zurückgeht. „Der Geburtenüberschuß in der DDR liegt als Folge all dieser Erscheinungen gegenwärtig nur noch bei der Hälfte des internationalen Standes¹⁰⁾.“

Nach dem Wirtschaftsplan 1966 sollten ohne Generalreparaturen insgesamt 18,9 Md. DM investiert werden. Für das 1. Halbjahr wurden 7,7 Md. DM als investiert gemeldet. Auch hierbei ist das 2. Halbjahr also mit einem Nachholbedarf belastet. Ob er erfüllt werden kann, wird wesentlich von einer Steigerung der Leistung in der gesamten Bauwirtschaft abhängen, die sich bei allen einschlägigen Beratungen heftigster Kritik ausgesetzt sieht. Der Halbjahresplan wurde von ihr nicht erfüllt. Wenn ihre Leistung zur Bewältigung der Investitionsvorhaben der Volkswirtschaft nicht ausreicht, dann muß sich das am Schluß der Rangliste, beim Wohnungsbau, besonders nachteilig auswirken. Nur 21 500 Wohnungen wurden im 1. Halbjahr 1966 bezugsfertig.

Die Bauwirtschaft bleibt zurück

Vielfach soll der Mangel an Baustoffen die Entwicklung verzögert haben, aber die Hauptursachen der Schwächen in der Bauproduktion, die im 1. Halbjahr 1966 nur um 2,4 vH zunahm, sind Organisationsfehler, ungenügende Ausnutzung der Baumaschinen, Fehler in der kaufmännischen Leitung und der Betriebsabrechnung sowie schlechte Plandisziplin. Vom Minister angefangen bis zum letzten Bauleiter sei noch nicht die Erkenntnis herangereift, daß es im Bau nicht auf die Menge, sondern vor allem auf die Qualität ankomme. „Mit der Unterschätzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Bauwesen muß jetzt endgültig

6) Neues Deutschland vom 21. 6. 1966.

7) Neues Deutschland vom 12. 5. 1966.

8) Neues Deutschland vom 25. 2. 1966.

9) Die Wirtschaft vom 30. 6. 1966.

10) Neues Deutschland vom 22. 5. 1966.

Schluß gemacht werden. Ohne exakte Kosten-trägerrechnung, d. h. ohne exakten Ausweis der tatsächlich anfallenden Kosten je Bauobjekt einschließlich der erforderlichen Nachkalkulation, ist keine exakte Nutzeffektberechnung und ist auch keine bewegliche, ökonomisch effektive Preisarbeit möglich¹¹⁾."

Schon im vorigen Jahr wurde von Baufachleuten der Wirtschaftsführung in der SBZ festgestellt, daß auch 1966 der Bedarf an Fertigteilen nicht gedeckt werden könne. „Die übermäßige Spezialisierung der Betonwerke muß sich zwangsläufig nachteilig auswirken.“ Die Dachplatten würden im Juli, die Binder aber erst im Dezember geliefert. 21 588 Betonwerker erzielten nur eine Jahresleistung von vier Millionen Kubikmeter Fertigteilen. Das sei Handwerkelei, aber keine Automation. Für das HP-Schalendach sei „in der Weltspitze“ eine Arbeitszeit von 27 Minuten erforderlich; für das Binderdach mit Kassettenplatten werde in Mitteldeutschland die zwölfwache Zeit benötigt. Extrem sei eingerissen, im Winter die Rohbauten und im Sommer die Ausbauten erzwingen zu wollen. Ständen im Jahre 1950 den 179 400 Produktionsarbeitern im Bauwesen nur 21 500 Angestellte gegenüber, so war diese Relation bis 1964 bereits gründlich verändert; denn bei 192 900 Produktionsarbeitern hatten die Angestellten eine Zahl von 109 500 erreicht. „Die Bilanzierung der Bauvorhaben nach Summen und Gewerken mit dem vorgefaßten Termin zum Jahresende gibt Märchen-erzählungen¹²⁾."

Materialwirtschaft, ein ungelöstes Problem

Der amtliche Halbjahresbericht hebt auch die Mißstände in der Materialversorgung hervor. Das kürzlich gebildete Ministerium für Materialwirtschaft könnte noch keine Erfolge buchen. „Die Materialbestände, vor allem der metallverarbeitenden Industrie, sind noch zu hoch. Sie müssen stärker beim Produktionsmittelhandel und bei den Lieferwerken konzentriert werden, um ihren volkswirtschaftlich disponiblen Einsatz zu gewährleisten¹³⁾." In dieser Kritik scheint ein Widerspruch zu liegen. Auf der einen Seite zu hohe Bestände, also kein Mangel, und auf der anderen Seite die Klage, daß diese Bestände volkswirtschaftlich nicht disponibel seien. Die Betriebe hamstern also Material, das sie selbst oft gar nicht brauchen. Diese Mißwirtschaft wird solange anhalten, wie ein echter Kostendruck fehlt. In sinnlos gehortetem Material gebundene Umlaufmittel und die Kosten dieser Lagerhaltung würden in einem marktwirtschaftlichen System von allein bewirken, daß solche Erscheinungsformen von Betriebsegoismus beseitigt würden.

Die in den Gedankengängen der Befehls-

Wirtschaft gefesselten Funktionäre sehen diese Mängel natürlich auch, aber sie wissen keine wirksame Abhilfe. Hierfür sind Äußerungen bezeichnend, die der Planungschef *Neumann* kürzlich tat: Eine der wichtigsten Aufgaben der Planung sei die Bilanzierung von Aufkommen und Bedarf. „Die Bilanzierer müssen manchmal fast Zauberer und Künstler sein, um diese Aufgabe zu lösen.“ Dem Funktionär versprach er Lob und Anerkennung, der ihm folgende Frage beantworten könne: „Welche Vorteile hat ein Betrieb mit einer ökonomisch zweckmäßigen Materialwirtschaft, und welche Nachteile hat ein Betrieb, der mit seinen materiellen Fonds wenig sparsam umgeht¹⁴⁾?" Ihm fehlt offensichtlich jeder Einblick in die Möglichkeiten einer Kostenrechnung; denn sonst dürfte er nicht eine so hilflose Frage stellen. Er hat auf der Arbeitstagung des Ministeriums für Materialwirtschaft am 10. 8. 1966 in Ostberlin die „Richtlinie für die Neuordnung der Materialwirtschaft“ erläutert, wenn man die folgende, unverständliche Formulierung wirklich als Erläuterung gelten lassen will: „Es hat sich herausgestellt, daß bei der Ausarbeitung und Durchführung der Bilanzen notwendige Prinzipien des demokratischen Zentralismus verletzt werden, weil verschiedene bilanzverantwortliche Stellen nicht beachten oder beachten wollen, daß die Distribution eine staatliche Aufgabe des erweiterten Reproduktionsprozesses ist¹⁵⁾."

Normen und Kennziffern der Materialwirtschaft sind vielfach veraltet und halten keine internationalen Vergleiche aus. In den Betrieben fehlen Bestandskarteien und Analysen über die Entwicklung des Materialbedarfs. Viele Werkleiter hätten keine Ahnung, welche Materialien bei ihnen lagerten. „Es ist notwendig, auf der Grundlage des einheitlichen Systems für Rechnungsführung und Statistik kurzfristig die exakte Erfassung und Abrechnung der Kosten der Materialwirtschaft ab 1967 (!) durchzusetzen.“ Im laufenden Jahr ist also noch keine Besserung zu erwarten.

Der Materialeinsatz im Verhältnis zum produzierten Nationaleinkommen (vgl. Aufstellung), der in den westlichen Industrieländern sinkt, hat in der SBZ zugenommen. Auf 1000 DM Nationaleinkommen entfiel 1965 ein Materialaufwand von 1248 DM. 1964 waren es nur 1169 DM und 1963 986 DM. 1950 lag er noch bei 770 DM. Hinzu kommt, daß die Materialbestände schneller zugenommen haben als das Nationaleinkommen. „Am Jahresende 1965 machten die Überplanbestände in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie immerhin 8,3 vH des Richtsatzplanes aus, während andererseits die Unterplanbestände (Fehlmenge) . . . 8,8 vH betragen¹⁶⁾."

11) Neues Deutschland vom 25. 6. 1966.

12) Die Wirtschaft Nr. 44/1965, S. 10/11.

13) Neues Deutschland vom 19. 7. 1966

14) Die Wirtschaft vom 4. 8. 1966.

15) Neues Deutschland vom 19. 8. 1966.

16) Neues Deutschland vom 6. 8. 1966 .

Unterschiedliche Entwicklung der Außenwirtschaft

Die offizielle Berichterstattung über den Außenhandel ist nach wie vor zurückhaltend. Der Export soll im 1. Halbjahr 1966 um 4 vH zugenommen haben. Ein Vergleich mit dem Jahres-Soll ist nicht möglich, weil dies im Plan 1966 nicht genannt wurde. Beachtlich ist jedoch der Hinweis darauf, daß die Ausfuhr von Maschinen und Ausrüstungen überdurchschnittlich entwickelt wurde. Der Import hochwertiger Rationalisierungsmittel habe um 20 vH zugenommen. Auch im 1. Halbjahr 1965 war der Außenhandelsumsatz nur um 4 vH gewachsen, womit das gesteckte Ziel nicht zu erreichen war. Der Plan 1966 enthielt daher ernste Mahnungen an die Außenhandelsfunktionäre. Die Marktforschung sei zu verbessern, bei den Einfuhren sollte nach einer Rangliste der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit vorgegangen werden und die Exporterzeugnisse müßten den internationalen Anforderungen entsprechen.

Ganz offensichtlich hat sich der innerdeutsche Handel, der Interzonenhandel, schneller entwickelt als der Außenhandel. Dies beweist, daß hier für die Zone günstigere Liefermöglichkeiten vorliegen als im Außenhandel; denn der Umsatz der mitteldeutschen Außenwirtschaft wird allein von der eigenen Lieferfähigkeit bestimmt. Sie kann die Einfuhren aus dem Bundesgebiet also mit Gegenleistungen bezahlen, die im Außenhandel nicht im selben Maße unterzubringen sind. Lag bisher der Termin des Barausgleichs im Interzonenhandel am Ende des Monats Juni, so wurde er in diesem Jahr auf Anfang März vorverlegt. Die Bezüge der Zone haben sich im 1. Halbjahr 1966 mehr als doppelt so stark erhöht wie die Lieferungen in das Bundesgebiet. Bereits im Juli war der Einkauf an Stahl und Eisen mit einem Wert von knapp 300 Mill. Verrechnungseinheiten¹⁷⁾ höher als im gesamten Jahr 1965. Fachleute rechnen für 1966 mit einer Umsatzsteigerung bis zu 20 vH. Damit würde sich der innerdeutsche Warenaustausch einschließlich des Dienstleistungsverkehrs von 2,45 Mrd. in 1965 auf 2,94 Mrd. DM in 1966 erhöhen.

Preispolitik

Die mit der Industriepreisreform begonnene neue Phase der staatlichen Preispolitik, die den Abbau der Subventionen und nach einer Preisbestimmung auf Kostenbasis bewegliche Preise zum Ziel hat, ist 1966 mit der 3. Etappe weitergeführt worden. Die Beweglichkeit der Preise ist allerdings nicht so zu verstehen, daß dann die natürlichen Knappheitsverhältnisse des Marktes die Preise bestimmen. Die amtlichen Preisbehörden wollen sich allen Ernstes diese Regulierungsaufgabe zutrauen. Die Scheu

davor, Marktgesetze wirksam werden zu lassen, die sich der Planungsbürokratie entziehen, wird in allen einschlägigen Äußerungen deutlich erkennbar. Widersprüche in der Argumentation sind dabei unvermeidbar, solange die Ideologie und nicht die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit dominiert. „Sollen unsere Preise ökonomisch wirksam sein, d. h. die technische Entwicklung beschleunigen und zur rationellen Produktion anregen, dann müssen sie sich ständig den veränderten Bedingungen der Produktion und auch des Marktes anpassen.“ Diese Feststellung würde in Hannover mit derselben Formulierung Gültigkeit haben wie in Ostberlin. Aber sie wird in der offiziellen Darstellung im *Neuen Deutschland* ideologisch ergänzt: „Wir müssen also Prinzipien und Methoden für die Preisbildung finden, die die erforderliche Beweglichkeit der Preise in der Industrie (von den übrigen Bereichen ist also nicht die Rede, der Verf.) gewährleisten. Wir brauchen eine Preisplanung, die die veränderlichen Bedingungen von Produktion und Absatz einkalkuliert und die Preise entsprechend korrigiert. Solche Preise nennen wir dynamische Preise¹⁸⁾.“

Dieses Zitat wurde so ausführlich gehalten, weil es grundsätzliche Bedeutung hat und uns erkennen läßt, daß die neue Preispolitik im Grunde gar nichts Neues ist. Die Preisbildung hat sich nach der Planung zu richten. Aufgabe der Planungsbehörden ist es, die Markt- und Produktionserfordernisse zu erkennen und möglichst zügig danach die Preise zu steuern. Für diese sehr komplizierte Arbeit wurde ein „Arbeitskreis Preise beim Beirat für ökonomische Forschung der Staatlichen Plankommission“ eingesetzt. Enge Zusammenarbeit ist mit dem „Amt für Preise beim Ministerrat“ zu pflegen. Der Umfang des Papierkrieges, der hier zu bewältigen sein wird, dürfte beachtlich werden.

Am 11. Juli 1966 wurde im Rahmen der Industriepreisreform die erste Änderung von Konsumgüterpreisen bekanntgegeben. Es handelt sich um solche Waren, die sowohl Industrie- als auch Konsumgüter sein können. Hier wurden die Preise erhöht. Außerdem bei Konsumgütern, die in der Zone zum Luxusbedarf gehören, nämlich Segeljachten, Meißener Porzellan, Stilmöbel und Pianos. Der offizielle Kommentar hat die Bevölkerung mit dem Hinweis beruhigen wollen, daß den Mehraufwendungen von 70 Mill. DM bei dem Einkauf auch Verbilligungen gegenüberstehen, und zwar beim Einkauf der im Preis gesenkten nahtlosen Damenstrümpfe. Hierfür wurde ein Effekt von 120 Mill. DM angegeben, so daß die Bevölkerung insgesamt einen Vorteil von 50 Millionen genieße. Diese Milchmädchenrechnung geht nur dann auf, wenn der Umsatz an Damenstrümpfen auch entsprechend hoch ist.

17) 1 Verrechnungseinheit entspricht einer DM/West.

18) Neues Deutschland vom 11. 6. 1966.

Zur Preisreform kann man auch die am 3. 3. 1966 ergangene Anordnung über die Einführung einer „Produktionsfondsabgabe“ in einigen ausgewählten Betriebszweigen rechnen. Sie ist ein Teil des an den Staatshaushalt abzuführenden Gewinns und wird als fester Prozentsatz auf die „produktiven Fonds“ der Betriebe, die produzierenden Anlagen, erhoben. Im vergangenen Jahr ist experimentiert worden. Jetzt hat man zunächst die Grundstoffindustrie erfaßt. Es fehlen allerdings die Strom- und Gasversorgungsbetriebe, die Steinkohlenwerke und Kokereien, die Braunkohlenbetriebe von der Rohproduktion über die Brikettfabriken bis zu den Kokereien. Der Grund dafür ist in der schlechten Gewinnlage dieser Unternehmen zu sehen.

Es läßt sich noch nicht abschließend beurteilen, ob diese Produktionsfondsabgabe als eine Art Steuer oder als Versuch einer Kapitalverzinsung anzusehen sein wird. Ihre Sätze sollen nach Äußerungen des Direktors des Instituts für Finanzwissenschaft an der Ostberliner Humboldt-Universität, Prof. *Rohde*, zwischen 1 bis

8 vH liegen. Er scheint die Abgabe als Kapitalzins zu deuten, obwohl dafür im östlichen Wirtschaftssystem die ideologische Grundlage fehlt. Die Periode ungenügender Ökonomie der in Ersparnissen vergegenständlichten Arbeit und damit die Periode niedriger Zinssätze gehe dem Ende zu. Er erwähnte folgende, jetzt gültige Zinssätze: Spareinlagen brächten bei täglicher Fälligkeit 3 vH, bei langfristiger Bindung günstigenfalls bis 5 vH Zinsen; kurzfristige Einlagen der Betriebe würden im allgemeinen mit 1 vH verzinst; planmäßige Kredite an volkseigene Betriebe kosteten 3,6 vH, kurzfristige Kredite 1 vH, planwidrige Kredite bis zu 12 vH, Teilzahlungskredite 6 vH, Rationalisierungskredite zwischen 1,8 bis 9 vH je nach Laufzeit, langfristige Wohnungsbaukredite 4,5 vH und Investitionskredite an die LPG 3,5 vH Zinsen. Das viel gerühmte Prämiensparen wird neuerdings als „Sand im Getriebe moderner Sparkassentechnik“ bezeichnet. Auch hier zeigt sich also der Zwang zur Kostenrechnung.

Dr. Walter Meier